



Symptom die Sicherstellung von Industrie und Landwirtschaft für eine längere Reihe von Jahren war. Wir fühlen uns daher moralisch gebunden, während der 12 Jahre unter diese Säule nicht herunterzuziehen und da es sich hier um zwei Körperlichkeiten, Reichstag und Bundesrat, handelt, ist eine gegenseitige Sicherheit für die Herren vorhanden.

Also Sie haben damals mit so großer Mehrheit die Handelsvertragspolitik gestützt, wie würden Sie die Regierung hindern, mit auch noch mit den anderen Staaten Verträge zum Vorteil unserer Wirtschaftlichkeit beschließen abzuschießen. Was der Herr Staatssekretär für den rumänischen Vertrag gesagt hat, ist so unüberdrehlich und schlagend, daß Sie nicht einmal den Versuch gemacht haben, es zu widerlegen. Was kann es jetzt noch für einen Schaden für die deutsche Landwirtschaft bringen, wenn jetzt auch noch Rumänien der 350-Zoll zugeführt wird? Wogegen wird zudem in Rumänien nicht viel produziert, kann also auch nicht in großen Quantitäten von dort ausgeführt werden. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß was den Hogen betrifft, bei einem Verträge mit Hülfe der Lage der Landwirtschaft eine ganz andere ist und daß dieser Punkt ganz besonders wird ins Auge gefaßt werden müssen, namentlich, ob genügende Kompensationen uns geboten werden. Diese Frage können wir aber vertragen, bis uns der russische Vertrag vorliegen wird. Die Landwirtschaft bedarf der größten Fürsorge, denn wo man, wie in England, die Landwirtschaft geringer gehalten hat als Handel und Industrie, da ist die Landwirtschaft ganz erschreckend zurückgegangen. In Deutschland verhält sich das ganz anders, und ich wünsche allen angelegentlich betriebenen Bestrebungen, der Landwirtschaft zu helfen, vollen Erfolg und die Frage wird immer im Auge behalten werden müssen, wie man unsere landwirtschaftliche Produktion lebenskräftig erhalten kann. Das wird nur durch ein planmäßiges Vorgehen von Gesetzgebung und Verwaltung geschehen können. Für die Dauer ist das Wohl der Landwirtschaft auch für die Arbeiter von großem Interesse. Ich erlaube mir auch in einem großen Teil von Deutschland in der Landwirtschaft ein sehr erhebliches Bedürfnis nach Beschäftigung zu sehen, das deshalb nicht zu liegen; derartige Beschäftigung, noch fürstlicher, haben wir überaus und es folgte wieder ein Aufblühen. Unser größter Konsum in Bezug auf Getreide ist Amerika; aber die Landwirtschaft wird dort in einer Weise betrieben, die es wahrscheinlich macht, daß der Export von dort nicht mehr lange wird auf der bisherigen Höhe erhalten werden können. Es kann dort dahin kommen auf dem Gebiete des Getreidebaus, wie es mit dem Holzhandel bereits gekommen ist. So wie sich dort die Verhältnisse geändert haben, so werden sie auch bei uns nicht immer so traurige bleiben.

Sie, rechts, haben keinen Beweis dafür bringen können, daß die Landwirtschaft durch den Vertrag Schaden leiden wird, Sie haben ebenso wenig die Vorteile für die Industrie beibringen können, die diesem sogar noch evident sind, wie bei dem Verträge mit Österreich. Wenn Sie in einer solchen Lage einen solchen Vertrag ablehnen, so können Sie doch sachliche Gründe dafür nicht haben und diesen Eindruck werden Sie im Lande auch nicht erwarten können. An der Hand dieses Vertrages wollen Sie aber nur eine Kraftprobe machen in Bezug auf den Einfluß, den die Landwirtschaft hat (Widerpruch rechts, Zustimmung links). Wenn es nicht so ist, soll es mir um so lieber sein; aber die Presse im Lande hat deutliche gesagt, daß die Landwirtschaft der starke Faktor ist, dem die Regierung Konzessionen machen muß. Im Lande will die Landwirtschaft kein Opfer haben und das soll nun der rumänische Handelsvertrag sein, damit die Leute auch sehen, es geschieht etwas für sie. (Beifall links). Was den Stimmungen der großen nicht immer richtig behandelten Masse gegenüber sollte sich doch eine große Arbeit zeigen, so weit nachzugehen. Früher 1867 sagte man doch die Aufgabe der Abgeordneten höher auf (Widerpruch); darüber können wir uns nicht täuschen: das Ansehen, das der Reichstag früher gehabt hat, hat er jetzt nicht mehr. Wenn der Reichstag die Autorität heissen hat, wie Parlamente von anderen Nationen, so lag das zum Teil an der übermächtigen Gewalt des ersten Reichskanzlers (Beifall), dann aber auch an der argen Zerplitterung des Parteiwesens, die keine fortlaufende Politik der Mehrheit ermöglicht. Ganz anders aber noch würde die Autorität des Reichstages leiden, wenn ohne sachliche Gründe, ohne Nachweis eines Schadens für die Landwirtschaft der rumänische Vertrag abgelehnt werden würde. Wenn es wirklich so ist, daß die Landwirtschaft in dem Verträge keinen Schaden haben wird, die Industrie aber Vorteil — und es ist so — glauben Sie denn, daß die Landwirtschaft die Macht und Kraft haben wird, um auf die Dauer der gungen gewöhnlichen Arbeiter-Bewegung und der ganzen Industrie gegenüber eine solche Position aufrecht zu erhalten? Wenn in Deutschland geordnete Verhältnisse herrschen sollen, dann muß eine gewisse Uebereinstimmung und ein Zusammenwirken zwischen Industrie und Landwirtschaft vorhanden sein. Wenn die Landwirtschaft nicht ins rechte Licht gerückt wird, so muß sie mit der Industrie zusammengehen und nicht einseitig vorgehen. Sie bitte alle die älteren und erfahrenen Parlamentarier, die Uebereinstimmung, die sie in den bester Jahren zwischen Industrie und Landwirtschaft mit haben durchsetzen helfen, auch jetzt zu betätigen und nicht einseitig einen Konflikt zu beginnen. Da wir jetzt gesagt haben, müssen wir unsere Position halten und verbessern und dazu sind diese Verträge helfen. In einem Augenblicke, wo hinter der revolutionären internationalen Sozialdemokratie bereits der Anarchismus sein Haupt erhebt (Lachen bei den Sozialdemokraten), sollten die bestehenden Klassen aller Berufs doch das Bedürfnis fühlen, einig zu sein und ihre Interessen möglichst schütten und nicht schütten. (Beifall).

Hg. Kalmring (M. V.) bleibt unter der großen Umrahe, die unter dem Eindrucke des Schlußes der Rede des Verredners noch längere Zeit fortbauert, im Einzelnen unverständlich. Er wendet sich gegen den Handelsvertrag im Interesse der Landwirtschaft.

Hg. Schönlanke (Soz.): Hg. von Bennigsen hat zuerst den Agrariern dange gemacht mit dem industriellen sozialistischen Kartell, aber das hat ihm nicht gereicht, er hat, ohne daß es mit der Sache zu thun hatte, das große anarchoistische Geheiß heraufbeschworen. Genüßlich kann man ja darauf gar nicht erwidern. (Widerpruch).

Die Agrarier haben sich durch den Mund ihrer Führer im Januar v. J. ausdrücklich dahin erklärt, daß der rumänische Handelsvertrag ebenso wie die anderen kleineren Handelsverträge eine notwendige Konsequenz des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn sei. Nur gegen den russischen Vertrag ließen Sie Sturm, heute laufen Sie gegen den rumänischen Handelsvertrag Sturm, weil Sie jetzt glauben, Ihre Privilegien zu verlieren. Da ist es mit Ihrer Uebaltentreue vorbei. Das ist eine schöne Stille von Ihnen und Altar, die in den Augenblicken zu schwanken anfängt, wo es sich um lumpige 150 Mark handelt. (Sehr gut.) Dem Grafen Mirbach spreche ich die Berechtigung ab, im Namen von landwirtschaftlichen Arbeitern oder Arbeitern überhaupt zu sprechen, geschweize denn im Namen von 12 Mill. landwirtschaftlicher Arbeiter. (Beifall links.) Sie sprechen im Namen von 17 000 Gutbesitzern, und weiter nichts. Ihre 12 Millionen Arbeiter sind nur eine Illusion! Die Sozialdemokratie dringt immer mehr in die landwirtschaftlichen Kreise ein. Die Gründe für den Niedergang der Landwirtschaft sind ganz andere, als Sie immer sagen. So lange die feudale Wirtschaft besteht, so lange das Zunftertum am Markte des Volkes herrscht (Unruhe rechts) — gewiß, auch die kleinen Zünfte gehen zu Grunde, weil sie ihre Güter zu Schwindelpreisen gekauft haben und sich nicht einzuführen verstehen (Zuruf des Hg. Graf Kanitz); — Ihr Herr Graf Kanitz, gerade so wenig, wie die Herren von der Reize. Es geht dem Zunftertum jetzt genau so wie vor 300 Jahren der Reichskammergericht. Nur war es damals kraakisch, jetzt wirkt es kraakomisch. Damals war der Kaiser Franz von Sittungen, jetzt Herr v. Mantuffel; damals waren die literarische Führung die Schriften des Ulrich von Hutten, jetzt die Morgen- und Abendgabe der „Kreuz-Zeitung“ (Große Heiterkeit). Treiben Sie es nicht zu arg, meine Herren Agrarier! Gefährden Sie nicht das Kartell mit der Industrie, das Sie allein so stark gemacht hat. Sonst wird Ihnen die Industrie gehen, wo Bartel den Most Holt. In diesem Zunftertum wird der Industrie werden Sie trotz Ihrer Mitterlichkeit doch in den Sand gestreift werden. (Heiterkeit.) Sie agitieren in der leichtfertigen Weise gegen die Handelsverträge. Sie verschweigen den Bauern gefühllos, daß die ermäßigten Zölle gegen Rumänien schon 1 1/2 Jahre bestehen. (Widerpruch rechts). Freilich, wenn die Handelsverträge abgelehnt sind, dann werden die Herren, die im Dsten zu Hause unter gestiegenen Strohdächern leben, hier in Berlin den Champagnerpropheten thallen lassen. (Heiterkeit.) Sie kümmern sich nicht darum, daß die unentbehrlichsten Lebensmittel verteuert werden. (Lachen rechts.) Wir in Deutschland haben jetzt wahrlich genug von dem jückerischen Uebermaß von dem Hysterie, der jetzt eben so groß ist, wie vor der französischen Revolution. Das Volk wird Ihnen schon zeigen, was es heißt, sich auf Kosten des Volkes durch alle möglichen Vorkräden zu bereichern und den Klassenhaß zu führen. Aber der soziale Fortschrittsprozess läßt Sie nicht los. Er zerreißt die kleinen Zünfte zwischen Grobkapital und Kleinhandelsbetrieb. Ich verne mich da auf Ihren Sozialminister (Lachen), der 1887, als er die politische Manierung bereits hinter sich hatte, diesen Standpunkt vertreten hat.

Hg. Fürst Radziwill (Pol.): Wir haben uns nach reiflicher Ueberlegung nicht überlegen lassen, daß die Schädigungen, die die deutsche Landwirtschaft durch die Annahme des rumänischen Handelsvertrages erleiden wird, so groß sind, daß wir uns diesem Vertrag gegen den Vertrag stimmen mußten. (Beifall links.) Andererseits halten wir uns nicht für berufen, durch unsere Stimmen zur Verhäufung der politischen und ökonomischen Gegensätze beizutragen, wie es eine Ablehnung des Vertrages notwendig zur Folge haben müßte. (Beifall links.) Wir würden aber der Stimmung in unserer Wählererschaft nicht gerecht werden, wenn wir nicht der Bezeichnung im Lande über die vermehrte Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte Ausdruck geben wollten. (Hört! hört! rechts.) Wir legen der Regierung die dringende Bitte vor, alle diejenigen Fragen, welche aus kompetenten landwirtschaftlichen Kreisen als Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Deposition angeregt werden, nicht nur eingehend zu erwägen, sondern auch thätig mit zu würdigen.

Hg. Gräfe (D. Rp.): Meine Partei lehnt diesen Vertrag ab. Ich rathe Ihnen auch wie Hg. Bundesberg: Sehen Sie sich die Lage der Bauern in der Oberlausitz an. Die Kaufkraft unserer Bauerhandes sinkt von Stufe zu Stufe und das müssen die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden fühlen. Wir haben auch ein Herz für die Industrie und werden das beiden Erzeugnissen zeigen. Der Handelsvertrag ist allein auf das Exportgeschäft zugeschnitten, das ist aber eine verkehrte Politik. Wir können es da erleben, daß durch irgend welche Zwischenfälle die ganze deutsche Industrie stillsteht. Ich rathe dem Reichskanzler zu, daß diese Politik nicht im Einklang steht mit dem Geiste eines Grafen Moriz Arndt und Ströde. Die wollen nicht Zustände haben, bei denen man von jedem Juden von Haus und Hof getrieben wird. Bis hierher und nicht weiter! (Trennender Beifall links).

Hg. Krüger (Südd. Volksp.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Handelsvertrage. Hg. Lutz (Lett.) polemisiert gegen den Hg. v. Bennigsen und betont die Wichtigkeit der Stärkung des heimischen Marktes für die Industrie, die nur durch eine kaufkräftige Landwirtschaft bedingt ist. Der Bauerhandes ist der beste Schutz gegen Sozialdemokratie und Anarchismus. Der Bund der Landwirthe müßte sich jetzt der Landwirtschaft annehmen, nachdem der große Mann nicht mehr da sei, der es früher getan habe. Ihn strebe er nach zu dem großen Ziele, den deutschen Markt für die deutschen Bauern zu gewinnen.

Reichskanzler Graf Caprivi: Die verbündeten Regierungen haben ein sehr lebhaftes Interesse an der Landwirtschaft. Sie haben mit der Eingebung der Handelsverträge getan, was früher die große Mehrheit begünstigt hat. Jetzt hört und sieht die Landwirtschaft nichts mehr als den 350 Mark Zoll, sie ist geradezu hienauf hypnotisiert. Nun richtet sich der ganze Schmerz der Landwirtschaft gegen das Reich, speziell den Reichskanzler. Was kann ich denn aber thun? Zu den Reichsangelegenheiten gehört die Landwirtschaft nicht. Wie kann man da dem Reichskanzler oder den verbündeten Regierungen den Vorwurf machen, daß sie die Landwirtschaft schädigen. Das Reich ist hier nur in den Grenzen des Civilisationsgebietes schädlich, d. h. in den Fragen einer anderen Gestaltung des Selbstbewusstseins des Ackerbauers, der Abfindung der Mitterben x. Fragen von großer Bedeutung, die aber erst in Jahren werden zur definitiven Lösung kommen können.

Werden die Verträge abgelehnt, so wird die Folge sein eine Schädigung des Ansehens des Reichs durch die Schädigung des Ansehens der Regierung. Denn letztere muß in ihrem Ansehen geschädigt werden, wenn sie ein einseitiges Vorgehen (Zustimmung). Auch der Vorwurf, daß wir nicht vorsichtiger waren, ehe wir die Verträge schlossen, ist unbedeutend. Denn wir konnten einen Unschlag in der Stimmung des Hauses um so weniger annehmen, als der Reichstag ja das Prätorium genehmigt hatte. (Beifall.) Wenn in der That eine Schädigung des Ansehens der verbündeten Regierungen im Anlande erfolgt, so muß ich das von den Regierungen ab auf die wälzen, welche die Verträge ablehnen. Die Regierungen können auch nicht den Schaden übersehen, den unser ganzes wirtschaftliches Leben erleiden würde. Die Regierungen sind also mit vollem Bewußtsein in diese Politik hineingegangen. Die Landwirtschaft mag dem Boden mehr Früchte entziehen als bisher, aber eine halbe Million Menschen kann sie jährlich nicht mehr ernähren. (Beifall.) Dies kann nur die Industrie und diejenige exportfähig erhalten werden.

Hg. Stauder vor der Frage, entweder Bauern zu exportieren oder Menschen, und da müßten sich die Regierungen doch fragen, daß es vorkäuflich ist, die Menschen im Vaterlande zu erhalten, diesen Standpunkt — Sie mögen entscheiden wie sie wollen — werden die verbündeten Regierungen unentwegt festhalten. (Beifall links.) Sie lehnen es auch auf das bestimmte ab, die Folgen für die Ablehnung auf sich zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Dr. Sigl (b. f. P.) erklärt sich entschieden gegen den Vertrag, hauptsächlich im Interesse der bayerischen Landwirtschaft, die durch rumänisches Getreide überjähren würde. Wer für die Verträge stimme, sei ein gemachter Mann. (Heiterkeit.) Der Bauer verdient dasselbe Interesse, wie der Handelsstand. Wenn Sie den Bauer tollt gemacht haben, hat er kein Interesse mehr am Vaterlande. (Heiterkeit.) Die Folge wird sein, daß man uns unsern Bauern so verleiden wird, daß wir uns einen preussischen Oberpräsidenten holen werden. (Lachen.) Nehmen Sie diese Verträge an, so werden Ihnen die Wahlen die Antwort geben. (Rufe: Abwarten.)

Hiermit wird die Debatte geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Hg. Graf Mirbach erklärt, der Reichskanzler habe keine gefügigen Bemerkungen über die Schädigung der industriellen Arbeiter mitzuverleihen. Er protestiere gegen eine derartige Entstellung seiner Worte.

Reichskanzler Graf Caprivi erklärt die Udenburgische Korrespondenz (Waldthal) als Beweis für die Richtigkeit dessen, was er gesagt.

Hg. Graf Mirbach (L.): Danach erhalte ich Alles, was ich gesagt habe, aufrecht. Wenn man solche schweren Vorwürfe gegen mich erhebt, so sollte man den stenographischen Bericht abwarten. Zum Mindesten hätte der Reichskanzler den Bericht der „Kreuz-Zeitung“ nachlesen sollen, welche unsere Reden im stenographischen Wortlaut bringt.

Die Abstimmung über Art. 1 des rumänischen Vertrags ist auf Antrag der Hg. v. Mantuffel und Genossen eine namentliche. Der Art. 1 wird mit 189 gegen 165 Stimmen angenommen.

Dafür stimmen die Sozialdemokraten und die beiden freisinnigen Parteien, sowie die Sittenliche Volkspartei (Polen) und die Welfen gefolger, der überwiegende Teil der national-liberalen Partei und der kleinere des Centrums.

Dagegen stimmen die Konserverativen, der überwiegende Teil der Reichspartei und des Centrums.

Zu Einzelnen stimmen von den Nationalliberalen mit Rein die Abgeordneten: Baurlein, Blantenhorn, Hof (Sozp.), Dr. Zahn (Sozp.), Herr von Hermsdorf, Heise, Gönz, Müchler, Müller, Graf Drölla, Schwertfeger, Walter, Weber-Heidelberg und Wiese.

Von der Reichspartei stimmen mit nein: Graf Arnim, Bauermeister, Baumback, Engels, Herr v. Güttingen, Goltz, Kautner, Klemm (Wahlhausen b. f. P.), v. Loefwies, Werbach, Raub (b. f. P.), Pauli, Ritter (Wirtsh.), Scherre, Stephan (Zorng.), Mit ja stimmen von den Konserverativen die Abgeordneten Pring, Hofenlohe-Waldenburg und Pohlmann (Sozp.).

Vom Centrum stimmen mit ja die Abgeordneten Pring von Krenberg, Bachem, Bener, Bod (Lachen), Baumback, Braun, Herr v. Brol, Diden, Freize, Fuchs, von Grand-Vin, Greiß, Gröber (Württemberg), Hufe, Hufe, Graf Kompech, Humann, von Kester, Ketsch, Dr. Kon, Wegner (Neustadt), Müller (Tulda), Radzy, Rucius, Schwärze, Spahn, v. Stronck, Spullin, Zimmermann, Wolflein, Wenders, de Witt und Wolny.

Graf Herbert Bismarck stimmt mit ja. Der Rest des Reichstages wird mit derselben Mehrheit angenommen, und darauf die Sitzung auf Morgen Donnerstag 1 Uhr verlag mit folgender Tagesordnung: Militärkonvention, neue, Markensubjekt mit Serbien, Handelsvertrag mit Serbien und Spanien und Bafsprungen. Schluß 6 1/2 Uhr.

**Ca. 1500 Stück seid. Ballstoffe**  
ab eigener Fabrik — an Private steuerfrei ins Haus — 75 Pf. p. Met.  
G. Hennberg's Seiden-Fabrik, Zürich.  
Königl. und Kaiserl. Hoflieferant.

